



Die **Donau-Universität Krets** ist spezialisiert auf berufsbegleitende Weiterbildung und bietet exklusive Master-Studiengänge und Kurzprogramme in den Bereichen • Medizin, Gesundheit und Soziales • Wirtschaft und Unternehmensführung • Recht, Verwaltung und Internationales • Bildung, Medien und Kommunikation sowie • Kunst, Kultur und Bau. Mit mehr als 8.500 Studierenden und 17.000 AbsolventInnen aus 90 Ländern ist sie einer der führenden Anbieter von Weiterbildungsstudien in Europa. Die Donau-Universität Krets verbindet über 20 Jahre Erfahrung in postgradualer Bildung mit permanenter Innovation in Forschung und Lehre. Krets liegt in der einzigartigen Natur- und Kulturlandschaft Wachau, 80 km von Wien entfernt.

Donau-Universität Krets
Die Universität für Weiterbildung



Information

Dorothea Stepan, Bakk.phil.
Donau-Universität Krets
Zentrum für Europa und Globalisierung
Dr.-Karl-Dorrek-Straße 30, 3500 Krets

Tel. +43 (0)2732 893-2424
dorothea.stepan@donau-uni.ac.at

Anmeldung

Mag. Renate Porstendorfer
Donau-Universität Krets
Zentrum für Europa und Globalisierung
Dr.-Karl-Dorrek-Straße 30, 3500 Krets

Tel. +43 (0)2732 893-2416
renate.porstendorfer@donau-uni.ac.at

Flüchtlingsströme nach Europa. Was kann Europa tun? Was muss Europa tun?

4. Globalisierungsforum des Zentrums für Europa und Globalisierung
an der Donau-Universität Krets in Kooperation mit dem Haus der EU

19. Oktober 2015 | Haus der EU, Wipplingerstraße 35, 1010 Wien

Donau-Universität Krets. Zentrum für Europa und Globalisierung.
www.donau-uni.ac.at/globalisierungsforum



Flüchtlingsströme nach Europa. Was kann Europa tun? Was muss Europa tun?

4. Globalisierungsforum des
Zentrums für Europa und Globalisierung

16:00-18:00 Begrüßung und einleitende Worte

Dr. **Jörg Wohjan**, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich
Mag. **Friedrich Faulhammer**, Rektor der Donau-Universität Krems
Mag. **Othmar Karas**, M.B.L., MEP, Ehrenprofessor an der Donau-Universität Krems

Die Europäische Migrationsagenda: Konzepte, Maßnahmen und Instrumente für eine gemeinsame (und kohärente) EU Politik

Dr. **Martin Schieffer**

Die Europäische Kommission hat im Mai eine Europäische Migrationsagenda vorgelegt, die nicht nur Sofortmaßnahmen als Reaktion auf die Krisensituation im Mittelmeer enthält, sondern auch die in den kommenden Jahren zu ergreifenden mittel- und langfristigen Schritte, um die Migration nach Europa in all ihren Aspekten besser in den Griff zu bekommen. Die derzeitigen Ereignisse im Mittelmeer und auf dem Balkan führen eindrücklich vor Augen, dass kein Mitgliedstaat den hohen Migrationsdruck allein bewältigen kann und sollte. Die Agenda versucht europäische Antworten auf gemeinsame europäische Herausforderungen zu geben. Die vorgeschlagenen Konzepte sehen eine Kombination aus innen- und außenpolitischen Maßnahmen unter bestmöglichem Einsatz der EU-Agenturen und der auf EU-Ebene verfügbaren Instrumente vor, an der alle Akteure zu beteiligen sind: Mitgliedstaaten, EU-Institutionen, internationale Organisationen, Zivilgesellschaft, Behörden und Drittstaaten.

Flüchtlinge und Migranten aus völker- und europarechtlicher

Sicht: Begriffsklärung und grundlegende Einführung

em. o. Univ.-Prof. DDr. **Waldemar Hummer**

Zur Behebung der gegenständlichen Begriffsverwirrung müssen zunächst die einzelnen Personengruppen (anerkannte Flüchtlinge, Binnenvertriebene, subsidiär Schutzberechtigte, Asylwerber, Wirtschaftsflüchtlinge, Migranten, u. a. m.) sowie die dabei verwendeten Rechtsnormen und -begriffe (Genfer Flüchtlingskonvention, Dublin III-Verordnung, Schengen, Gemeinsame Asylpolitik der EU, FRONTEX, EUROSUR, EUNAVFOR MED, Non-Refoulement – Verbot, Erstasyland, Asylum shopping, Arbeitsverbot für Asylwerber, u. a. m.) genau definiert werden. Erst danach können die den jeweiligen Personengruppen zustehenden völkerrechtlichen und europarechtlichen Rechte und Pflichten dargestellt und die in diesem Zusammenhang von einzelnen europäischen Ländern (Ungarn, Griechenland, Spanien, u. a. m.) ergriffenen Abwehrmaßnahmen (Bau von Zäunen, Abschiebung, Verweigerung der Rücknahme, Grenzkontrollen an Binnengrenzen, u. a. m.) gegen die „Flüchtlingswelle“ auf ihre Rechtmäßigkeit hin untersucht werden.

Herausforderungen der europäischen Asylpolitik

Mag. **Peter Webinger**

Laut UNHCR sind derzeit rund 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht, davon rund 20 Millionen Menschen im Nahbereich Europas. Angesichts der vielen Menschen, die derzeit hilfesuchend an die Türen Europas klopfen – insbesondere in Deutschland und Österreich –, bedarf es dringend einer Lösung auf europäischer Ebene. Die Frage drängt sich auf, ob Europa derzeit tatsächlich jenen Menschen hilft, die am meisten unserer Unterstützung bedürfen. Wir brauchen dringend einen Paradigmenwechsel in unserer Migrationspolitik. Was sind derzeit die Herausforderungen und vor allem: wie können wir auf zukünftige Entwicklungen reagieren?

18:00-18:30 Pause mit Brot, Wasser und Wein

18:30-20:00 Freizügigkeit in Europa: Herausforderungen und Reformbedarf

Dr. **Martin Ruhs**

Ökonomen und Politikwissenschaftler befassen sich seit vielen Jahren mit der angeblichen Spannung zwischen Arbeitsmigration und nationalen Wohlfahrtsstaaten. Freeman (1986) war der Ansicht, dass uneingeschränkte Arbeitsmigration und ein Sozialstaat, in dem Arbeitsmigranten gleichberechtigten Zugang zu Sozialleistungen haben, grundsätzlich unvereinbar sind. Doch derzeit hat jeder EU-Bürger das Recht, in jedem Mitgliedsstaat zu arbeiten und, solange die Kriterien für die Definition des „Arbeitnehmers“ erfüllt sind, auf vollen Zugang zum Wohlfahrtsstaat. Zeigt die Freizügigkeit in der EU, dass es diese Spannung nicht gibt oder dass sie, wenn es sie gibt, überwunden werden kann? Werden die derzeitigen Regeln von Dauer sein? Oder gefährdet ein Bestehen auf uneingeschränkter Arbeitsmigration und gleichberechtigtem Zugang zu den nationalen Sozialstaaten für EU-Arbeitnehmer die politische Nachhaltigkeit der Freizügigkeit? Soll die EU den Vorschlägen zur Reform der Freizügigkeit des Britischen Premierministers David Cameron zustimmen?

Migration in und nach Europa – Gefahr oder Chance für Europa

Univ.-Prof. Dr. **Gudrun Biffl**

Von den 506,8 Mio. Einwohnern der EU sind ca. 25 Mio. Migranten (5%). Der Großteil der EU-Migranten arbeitet in einem anderen Mitgliedstaat. Doch nicht nur die innereuropäische Arbeitsmobilität hat Bedeutung für die Verringerung der wirtschaftlichen und arbeitsmarktspezifischen Ungleichgewichte, Europa zieht auch großen Nutzen aus der Zuwanderung von Fach- und Hilfskräften aus Drittstaaten. Diese tragen dazu bei, dass einerseits die Betriebe ausreichend Arbeitskräfte für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit haben, und dass andererseits soziale Dienste, allen voran Gesundheitsdienste, dem zunehmenden Druck, der aus der Alterung der Gesellschaft entsteht, standhalten können. Angesichts dessen birgt ein Bevölkerungsanstieg, insbesondere wenn er von dynamischen jungen Menschen getragen ist, viele Chancen. Jedoch sind mit dem abrupten Anstieg der Flüchtlingsströme auch Gefahren verbunden, insbesondere, wenn es uns nicht gelingt, sie rasch in den Wirtschafts- und Arbeitsprozess einzubinden.

Podiumsdiskussion und Forum

Moderation: Mag. **Othmar Karas**, M.B.L., MEP

Univ.-Prof. Dr. **Gudrun Biffl**

war 1975 bis 2009 Wirtschaftsforscherin am WIFO. 2008 wurde sie an die Donau-Universität Krems berufen. Sie ist Leiterin des Departments für Migration und Globalisierung sowie des 2013 gegründeten Zentrums für Europa und Globalisierung. Seit 2010 ist sie Dekanin der Fakultät für Wirtschaft und Globalisierung an der Donau-Universität Krems. Sie ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Sir Peter Ustinov Instituts zur Erforschung und Bekämpfung von Vorurteilen sowie stellvertretende Vorsitzende des Beirats von EcoAustria. Im April 2015 wurde sie zur Vorsitzenden des Österreichischen Statistikrates bestellt.

em. o. Univ.-Prof. DDr. **Waldemar Hummer**

Dr. iur. (1964, Univ. Wien), Dr. rer. pol. (1967, Univ. Wien) und Dr. phil. (1974, Univ. Salzburg), 1977 Habilitation und *venia docendi* für die Fächer Völkerrecht, Europarecht und Internationale Beziehungen. 1983 Berufung an die Ludwig Franzens Universität Innsbruck als o. Univ.-Prof. für Völkerrecht und Europarecht. 1983-1999 war er Vorstand des Instituts für Völkerrecht und internationale Beziehungen sowie Leiter der Abteilung für Europarecht am Institut, 1999-2005 Vorstand des neu gegründeten Instituts für Völkerrecht, Europarecht und Internationale Beziehungen. 2005 legte er die Leitung des umbenannten Instituts für Europarecht und Völkerrecht zurück und übernahm den Forschungsschwerpunkt Europäische Integration. Emeritierung im Jahr 2010.

Mag. **Othmar Karas**, M.B.L.

ist seit 1999 Abgeordneter des Europaparlaments. 2012-2014 war er Vizepräsident des Europäischen Parlaments, zuständig für Bürgerinformation und Medienkontakte. Seit Juli 2014 ist er Vorsitzender der interparlamentarischen Delegation für die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland. Seit 2007 ist er Lektor am Institut für Politikwissenschaften der Universität Wien. 2013 wurde ihm die Ehrenprofessur der Donau-Universität Krems verliehen. Seit März 2015 ist er festes Mitglied der Teaching Faculty am Zentrum für Europa und Globalisierung an der Donau-Universität Krems.

Dr. **Martin Ruhs**

ist Associate Professor (a.o. Prof.) für Politische Ökonomie, sowie Studienleiter des Fachbereichs Wirtschaft am Department für Weiterbildung an der Universität Oxford (Großbritannien). Neben seiner Forschungsarbeit vor allem zu Themen der internationalen Arbeitsmigration ist er auch als Politikberater tätig, unter anderem für die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und die OECD. 2009-2012 war er Leiter der Beobachtungsstelle für Migration an der Universität Oxford, 2007-2014 war er Mitglied des britischen Migrationsrates (Migration Advisory Committee, MAC).

Dr. **Martin Schieffer**

ist seit 1998 in der Europäischen Kommission. Dort war er in der neugeschaffenen Generaldirektion für Inneres und Justiz zunächst für Fragen der Rückführung und Rückübernahme zuständig, später als Bereichsleiter auch für Fragen der legalen und Arbeitsmigration (Blue Card-Richtlinie u. v. m.). Zwischen 2009 und 2013 Tätigkeiten im Bereich der Inneren Sicherheit, unter anderem als kommissarischer Leiter der Abteilung für Terrorismus und Krisenbewältigung (2010/11) und Koordinator des neuen EU-Finanzinstruments im Bereich der Polizeizusammenarbeit. Seit 2013 ist er Leiter der Abteilung für den Asyl, Migrations- und Integrationsfond in der (umbenannten) Generaldirektion für Migration und Inneres.

Mag. **Peter Webinger**

ist Sektionsleiter-Stellvertreter der Sektion Recht im Bundesministerium für Inneres (BMI), sowie seit 2009 Leiter der Gruppe Migration, Staatsbürgerschaft, Asyl und Menschenrechte. Gegenwärtig leitet er den Krisenstab zur Koordinierung der Asylwerbersversorgung im BMI und arbeitet an der Errichtung eines Migrationsrates, welcher die Aufgabe hat, eine gesamtstaatliche und umfassende Migrationsstrategie für Österreich zu erarbeiten. Ein weiteres aktuelles Projekt ist die Entwicklung und Implementierung eines neuen österreichischen Migrationssystems zur Steigerung der Attraktivität des Standortes Österreich für hochqualifizierte Zuwanderer.